

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal inkl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Coppfenstraße 10 I, Stuttgart.

Inserat:
pro Spaltweite 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 16

Stuttgart, den 16. April 1904

20. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

1. Der durch die Urabstimmung vom 6. März dieses Jahres beschlossene **neunte Verbandstag** wird in Dresden stattfinden und ist als Beginn desselben der 3. bezw. 4. Juli d. J. vorgesehen. Dies zur vorläufigen Kenntnisnahme. Alles nähere über Lokal, Beginn der Verhandlungen und vorläufige Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

Anträge, die dem Verbandstag zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden sollen, sind bis spätestens **Mittwoch den 27. April** an den Verbandsvorstand einzusenden. Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier, das nur auf einer Seite beschriebener werden soll, zu bringen und muß genau bezeichnet werden, ob als allgemeiner Antrag oder als Antrag zum Statut er gelten soll.

2. In den Nummern 13 und 14 des J. der „Buchb.-Ztg.“ wurde bekannt gegeben, daß die Fragekarten für die Berichte über Arbeitslosigkeit im ersten Quartal dieses Jahres spätestens am 4. April an uns eingekandt werden sollen. Trotzdem wurden aus mehreren Orten die Einsendungen noch etliche Tage nachher vorgenommen. Gar nicht eingekandt wurden die Karten von den Zahlstellen Aachen, Abershof, Apolda, Brieg, Bromberg, Charlottenburg, Fürth, Gelsenkirchen, Gera, Krefeld, Lahr, Lübeck, Luckenwalde, Mainz, Mühlheim-Oberhausen, München, Plauen, Rostock, Straßburg i. E. und die Gaue I, III und XIV.

Daß durch solche Gleichgültigkeit eine Statistik nicht vollkommen und dadurch nahezu wertlos wird, liegt auf der Hand.

3. Mit den Bestellungen des Jahresberichts für 1903 sind viele Zahlstellen und auch Gaubevollmächtigte im Rückstand geblieben. An diese Stellen erfolgt nun die Bemessung der Zahl der Exemplare nach dem Vorjahre.

4. Ausgeschlossen nach der Bestimmung des § 14 b im Statut wurde in Darmstadt der Buchbinder Julius Dornbusch aus Darmstadt, Buchnummer 46327; im Gau VIII der Buchbinder Christian Kronemayer aus Grünstadt, Buchnummer 47300; in Berlin der Buchbinder Julius Kellmann aus Königsberg, Buchnummer 40223; desgleichen der Buchbinder Ernst Becker aus Czarnikow, Buchnummer 22625.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Agitation und Anstellung besoldeter Gaubeamter.

Ist es Zufall oder ist es auf das Vorhandensein besoldeter Gaubevollmächtigter zurückzuführen, daß nach den bis jetzt vorliegenden Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften jene Verbände prozentual am stärksten an Mitgliedern zunahmten, die über eine größere Anzahl besoldeter Beamten, namentlich Bezirksbeamten verfügen? Unter den

41 verzeichneten Gewerkschaften, von denen Zahlen vorliegen, steht prozentual der Verband der Gemeindearbeiter obenan, der bei 10393 Mitgliedern eine Zunahme von 3419 zu verzeichnen hat. Die Metallarbeiter hatten bei einer Mitgliederzahl von 158548 eine Zunahme von 29706, die Handels- und Transportarbeiter bei 29411 Mitgliedern ein Mehr von 8500 u. s. f. Allerdings steht auch unser Verband, der besoldete Bezirksleiter noch nicht hat, obenan, denn wir haben bei einem Mitgliederbestand von 13789 eine Zunahme von 3091 Mitgliedern zu verzeichnen. Andere Verbände weisen ähnlich günstige Zahlen auf, wie ja denn die Aufwärtsbewegung der freien Gewerkschaften im vergangenen Jahre eine, die Erwartungen weit übersteigende Höhe annahm. Doch die Gemeindearbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter, zu denen sich noch die Zimmerer, Maurer und Maler gesellen, alles Verbände, die über eine größere Anzahl besoldeter Gauleiter verfügen, scheinen im allgemeinen, einige Ausnahmen abgerechnet, die anderen Verbände prozentual in der Zunahme von Mitgliedern zu überragen. Das ist gewiß nicht auf einen bloßen Zufall zurückzuführen, sondern wird seinen sehr erklärlichen Grund darin haben, daß in diesen Verbänden die von der Organisation angestellten und besoldeten Beamten intensiver in der Agitation wirken konnten, als es jemanden möglich ist, der tagsüber in der Werkstube beschäftigt, in seiner freien Zeit nur dieser Aufgabe sich widmen kann. Der von der Organisation Angestellte ist nicht allein vermöge seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit in der Lage, ein freieres Wort zu reden, sondern er hat nun auch die nötige Zeit, um alle jene Arbeiten gewissenhaft auszuführen, die einen wesentlichen Teil seiner Funktion ausmachen: Die Verwaltungsgeschäfte pünktlich erledigen, für pünktliche Abrechnungen zu sorgen, schnelle Erledigung der Korrespondenzen mit den Mitgliedern und Mitgliedschaften, planmäßige Vorbereitung von Lohnbewegungen, Anleitung und Beistand mit Rat und Hilfe dazu, später eventuell Vermittlung und Führung von Verhandlungen. Auch in Tarifangelegenheiten mußte dieser nach Möglichkeit Leitung und Führung übernehmen. Alle diese Arbeiten sind wichtiger, als etwa alle paar Tage in irgend einem Orte einen großen Versammlungsspeech zu halten über irgend ein beliebiges Thema, das schließlich mit den Gewerkschaftsbestrebungen nicht einmal was zu tun hat. Bilden doch diese Arbeiten die Grundlage einer gutgeleiteten und gesunden Organisation und fördern die Besserung der Erwerbsverhältnisse der betreffenden Berufsgenossen.

Der rechte Mann an solchem Platz, von dem allerdings ziemlich vielfältige Fähigkeiten verlangt werden, könnte also hier die Kosten, die seine Anstellung verursachen würden, reichlich verzinsen, was, wenn die eingangs dieses Artikels genannten Voraussetzungen zutreffen, bei den erwähnten Verbänden, die besoldete Gauleiter haben, schon zutrifft; wissen wir doch auch persönlich, daß sich zum Beispiel die Mitgliederzahl bei den Gemeindearbeitern im Gau Württemberg seit etwa halbjähriger Anstellung

eines besoldeten Gaubevollmächtigten etwa verdoppelt hat.

Anderer Verbände folgen jetzt dem löblichen Beispiel und stellen ebenfalls besoldete Gaubeamte an, auf den jetzt Ostern stattgefundenen Gewerkschaftskongressen ist das vielfach geschehen, andere Verbände, die in nächster Zeit Generalversammlungen haben, tragen sich ebenfalls mit dem Plane, so zum Beispiel die Brauer, die bei ihren 16000 Mitgliedern 6 Gaubeamte anstellen wollen. Vielfach herrscht die Ansicht, daß man auch darin des Guten zu viel tun könne und manche Verbände damit gleich zu sehr ins Bolle gingen, wie zum Beispiel der Verband der Gemeindearbeiter, doch die Erfahrung scheint zu lehren, daß sie nicht auf falscher Fährte sind.

Doch gleichviel: Wir werden als allezeit vor-sichtige Leute, getreu dem Grundsatz, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, auch diesmal, bei Anstellung von Gaubevollmächtigten, uns zunächst mit wenigem begnügen, um nach geglücktem Versuch weitere Anstellungen dort vorzunehmen, wo eine Notwendigkeit sich dazu ergibt. Die Notwendigkeit liegt zwar recht vielfach vor, fast alle unsere Gaubevollmächtigten seufzen unter der schweren Bürde ihres Amtes und verdienen durch feste Anstellung eine Erleichterung zu bekommen. Doch der Verbandstag wird den meisten Gaubevollmächtigten zunächst nur ein kleines Äquivalent für ihre viele Mühe gewähren müssen, indem er eine entsprechende Entschädigung für sie aussetzt. Wir müssen vielen unter ihnen das rühmende Zeugnis ausstellen, daß sie fleißig und umsichtig gearbeitet haben; tatsächlich haben auch die Einzelmitglieder an Zahl stark zugenommen, in letztem Jahre schon wieder von 397 auf 589, so daß sich die Arbeit der Gaubevollmächtigten immer mehr vergrößert. Trotzdem sind gerade unsere Gaubevollmächtigten unter den Verwaltungsbeamten eigentlich die Afschenbrödel im Ver-bande. Während die Funktionäre in den größeren Zahlstellen doch wenigstens eine kleine Entschädigung für ihre Mühewaltung aus lokalen Mitteln bekommen, gehen sie leer aus, ihre Prozente der Beiträge gehen für die zahlreichen Portis darauf. Zudem lastet noch alle Arbeit fast ausschließlich auf einer Person, eine Teilung ist schwer möglich, die zwei anderen Mitglieder des Gauvorstandes sind eigentlich nur Beisitzer, Berater.

Und doch werden wir bei der Anstellung nicht einmal jene Gaue zunächst berücksichtigen können, wo die meisten Einzelmitglieder sind und der Gaubevollmächtigte die meiste Arbeit hat, sondern ausschlaggebend hierfür wird sein müssen, dort einen Beamten anzustellen, wo das größte Tätigkeitsgebiet vor uns liegt, wo unsere Industrie besonders heimisch ist. Orientieren wir uns einmal darüber.

Nach der letzten Berufszählung wurden für die Buchbinderei und Kartonnagenindustrie Berufs-zugehörige gezählt in

Sachsen (Königreich)	26335 Personen
Rheinland u. Westfalen	18190 „
Berlin (Stadt)	13673 „
Bayern	10647 „

Württemberg	6643 Personen
Schlesien	5524 "
Sachsen (Provinz)	4951 "
Baden	4709 "
Hessen-Nassau	4374 "
Hannover	4371 "
Brandenburg	4109 "
Reichslande	2477 "
Hamburg (Stadt)	2062 "
Hessen	2014 "

Dann geht's in der Tabelle stark abwärts auf, etwas über tausend bei zwei Provinzen, und dann handelt es sich nur noch um Hunderte. Diese Aufstellung entspricht zwar nicht ganz unserer Gauseinteilung, sie gewährt aber doch ein Bild davon, wo zunächst die Agitation von uns aus einsehen müßte respektive wo ein Bedürfnis für Anstellung besoldeter Beamter am stärksten vorhanden sein muß.

Doch wir werden unsere Wünsche merklich zurück-schrauben müssen und mit wenigem den Anfang machen. Für am zweckmäßigsten würden wir es halten, wenn der Verbandstag sich erstmals für die Anstellung von zwei oder drei besoldeten Beamten ausspricht und dem Verbandsvorstand die Befugnis erteilt, je nach Bedarf, den Verhältnissen entsprechend, soweit es unsere Mittel erlauben und soweit die gemachten Erfahrungen mit den bereits angestellten zur weiteren Nachahmung aneignen, weitere besoldete Gaubevollmächtigte anzustellen. Die Anstellung könnte unseres Erachtens überhaupt am besten und zuverlässigsten auf Grund von Bewerbungsschreiben durch den Verbandsvorstand erfolgen. Sachsen und das Rheinland sollten unserer Meinung nach zuerst das Probierfeld dafür sein.

Zu erörtern wäre noch, ob sich nicht die Anstellung eines Beamten für Leipzig notwendig macht, der in der Zentrale für Tarifangelegenheiten jedenfalls Arbeit genug fände und vielleicht unserer lahmen Tarifgemeinschaft etwas auf die Beine helfen könnte. Wir halten eine solche Anstellung für notwendig. Vielleicht könnte vorderhand dieser Beamte zugleich als Lokalbeamter für Leipzig gelten, da dort bei 2151 Mitgliedern, die doch an Zahl sich noch in den nächsten Jahren vermehren werden, die Verbandsarbeiten schwerlich auf die Dauer von Kollegen in ihrer freien Zeit hergestellt werden können.

Wie wir über die Betreibung der Organisation im allgemeinen denken, haben wir schon verschiedentlich durchblicken lassen. In letzter Linie wird sie immer wieder am wirksamsten und erfolgreichsten von unseren Kollegen selbst in Fabrik und Werkstatt ausgeübt werden müssen. Von Zeit zu Zeit, ganz besonders aber bei besonderen Anlässen ein Referat, kann nur freudig begrüßt werden, da es anregend auf die Arbeitsfreudigkeit der örtlichen Verwaltungspersonen wirken muß und fruchtbringend auf die fernere Gestaltung und die Förderung der Organisation. Dagegen halten wir ein fortwährendes Herumkutschieren in der Welt eines sogenannten Agitators und die Abhaltung recht kostspieliger öffentlichen Versammlungen — die manchmal recht unzeitgemäß abgehalten werden — nicht für besonders nutzbringend. Wie oft hatte die schönste Versammlungsrede eines auswärtigen Referenten, die uns nebst Diäten und Fahrgehalt 40 bis 50 Mk. kostete, den Erfolg zweier Neuaufnahmen. Das ist eine teure Gewinnung von Mitgliedern, zumal oft diese nur zufällig einmal in die betreffende Versammlung hineingeschneit kamen und einem augenblicklichen Impuls folgend, sich zum Beitritt bequemen, um nach Entrichtung einer Beitragsmarke wieder für die Organisation unsichtbar zu werden. Eine einzige Werkstubeversammlung aber bringt uns oft 5, 10 und mehr Aufnahmen, wobei uns noch einige Gewähr für die Ständigkeit der Neuaufgenommenen als Mitglieder geboten ist, weil sie weit mehr unter Kontrolle der Organisationsleitung stehen, als wie jener zufällig einmal in der Versammlung Zugelaufene. Die Gewerkschaftsbewegung hat heute in Deutschland die

Aufmerksamkeit aller Bevölkerungskreise so auf sich gelenkt, daß ihre Zwecke und Bestrebungen wohl kaum noch einem Arbeiter als neues, bisher nicht gekanntes Evangelium verkündet werden muß, sie alle wissen davon und die meisten haben, was die fortwährende Fluktuation beweist, vom Kelche der Erkenntnis der gewerkschaftlichen Organisation gekostet. Etwa 52 000 Personen haben seit Bestehen unseres Verbandes ihren Eintritt vollzogen und kaum 14 000 zählen wir heute als Mitglieder. Alle jene uns Fernstehenden von den 52 000 wissen selbst, was wir ihnen predigen, kennen die Organisation und ihre Bestrebungen, nur kleinliche Gründe halten sie vom Verbandsverband fern. Mit all dem soll nicht gesagt sein, daß eine Versammlungsrede nur Wert haben könnte, wenn in ihr bisher unbekanntes Neues vorgetragen werden, hören und lesen wir doch im Leben zu einem großen Teile uns bekannte Dinge, die uns nur in der Form des Vortrags neu erscheinen, uns aber zu neuem Denken anregen; wir wollten nur vor einer Überschätzung der fortwährenden Agitationsreden warnein und der Meinung widersprechen, daß nur dadurch wirklich vorteilhafte Agitation betrieben wird. Wir wiederholen auch hier, was wir schon gelegentlich einmal gesagt haben: Eine Organisation muß in ihren Einrichtungen so beschaffen sein, daß sie damit für sich selbst agitiert. —

Damit glauben wir nun die hauptsächlichsten und wichtigsten Fragen besprochen zu haben, die den Verbandstag beschäftigen werden und behalten uns vor, dann in der Debatte einzugreifen, wenn uns eine Notwendigkeit dazu vorzuliegen scheint.

Zum Verbandstag.

Wenn auch ich hierzu das Wort ergreife, so geschieht es deshalb, um einige Vorschläge zur Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen in unserer Organisation zu machen. Im voraus will ich jedoch bemerken, daß es für mich selbstverständlich ist, daß eine Verbesserung nur dann eintreten kann, wenn auch der Beitrag dementsprechend erhöht wird. Daß dies sehr gut möglich ist, haben wir von anderen Gewerkschaften gelernt, erst jetzt hat der Verband der Mühlenarbeiter auf seiner Generalversammlung die Erhöhung der Beiträge von 25 Pf. auf 40 Pf. vorgenommen. Wenn Verbände, deren Mitglieder nicht gerade glänzend bezahlte Arbeiter sind, die Beiträge fast um die Hälfte erhöhen können, so dürfte dies bei uns auch durchführbar sein, nur bedarf es einer richtigen Agitation dazu.

Wir in München zum Beispiel bezahlen schon seit beinahe 3 Jahren 40 Pf. Beitrag, ohne den Mitgliedern eine Lokalunterstützung, außer in ganz dringenden Notfällen, zu gewähren. Gerade seit dieser Zeit ist unsere Zahlstelle um die Hälfte der Mitglieder gestiegen. Wenn erst erhöhte Unterstützungen geboten werden, so wird es um so leichter sein, für eine Stärkung der Organisation zu wirken. Wir trugen uns schon mit dem Gedanken, aus lokalen Mitteln eine Krankenzuschußkasse zu errichten; gerade als die Frage der Versammlung vorgelegt werden sollte, kam die Extrasteuer, deshalb nahmen wir davon Abstand. Bemerken will ich, daß ich ein entschiedener Gegner von lokalen Unterstützungskassen bin, weil dieselben nur zur Zersplitterung des Unterstützungswesens führen. Es muß vielmehr mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, im Verband allgemein durch höhere Beiträge erhöhte Unterstützungen einzuführen. Gerade bei uns in München haben wir des öfteren von den älteren Kollegen hören müssen, daß sie vom Verband nichts haben und ehrlich gesagt, ist dies auch wahr. Wenn diese nicht ideal genug gestimmt wären, die Beiträge trotzdem zu zahlen, so wäre der von ihnen vorgebrachte Grund einigermaßen stichhaltig, um dem Verband den Rücken zu kehren. Deshalb muß ihrer Meinung nach in erster Linie dafür gesorgt werden, daß für diese Kollegen etwas getan wird.

Das allerbeste wäre wohl, einen Zuschuß bei Krankheitsfällen und ein Sterbegeld zu gewähren. Letzteres wird wohl auf diesem Verbandstag ohne

Zweifel angenommen werden, da schon auf dem letzten Verbandstag eine starke Stimmenzahl dafür geäußert wurde. Wenn gegen die Einführung von Krankengeldzuschuß starke Bedenken entstehen, so kann ich dieselben sehr wohl anerkennen; doch bei gutem Willen ist alles möglich. Das Beste in dieser Beziehung wäre wohl, mit allen Mitteln eine Verschmelzung der Hilfskrankenkasse mit dem Verband herbeizuführen. Ich muß gestehen, daß ich früher ein Gegner der Verschmelzung war, mich jedoch aus verschiedenen Gründen befehrt habe. In der Buchhinderkrankenkasse sind leider eine so große Anzahl Kollegen, welche dem Verband ganz gerne beitreten würden, wenn derselbe ein Krankengeld bezahlen würde. Jede Agitation bei denselben ist umsonst, wenn jedoch dieser Unterstützungsweig bei uns eingeführt würde, glaube ich mit Recht annehmen zu dürfen, daß ein großer Teil der genannten Kollegen in unsere Reihen eintreten wird. Von einer Invalidenversicherung möchte ich Abstand genommen wissen, weil ich glaube, daß hierzu eine ziemlich große Summe nötig sein wird und deshalb bei einer Beitragserhöhung, die wohl unter keinen Umständen mehr wie 15 Pf. betragen dürfte, nicht durchzuführen sein wird. Hier eingzugreifen ist wohl in der Hauptsache Pflicht des Staates. Die staatliche Invalidenversicherung einer Reform zu unterziehen und besser zu gestalten, scheint mir vorerst von viel größerer Notwendigkeit zu sein, als die Arbeitslosenversicherung von Reichswegen einzuführen. Es werden wohl noch eine große Reihe von Jahren vergehen, bis eine staatliche Arbeitslosenversicherung zur Tatsache wird, die im Dienste des Kapitals ergrauten Arbeiter werden einer Verbesserung der Invalidenversicherung wohl dringender bedürfen.

Was die Frage der erhöhten Arbeitslosenunterstützung anbelangt, so will ich es unterlassen, bestimmte Sätze aufzustellen, da ich, wie in Nummer 14 der „Buchh.-Ztg.“ betont wurde, zu unserem Verbandsvorstand das Vertrauen habe, daß er den verschiedenen Anregungen in unserem Organ Folge geben und vom Guten das Beste herausfinden wird. Doch muß entschieden verlangt werden, daß verschiedene Härten im jetzigen Statut beseitigt werden. Eine der Haupt Härten ist wohl die, daß wenn ein Mitglied 260 Beiträge entrichtet hat, arbeitslos wird und seine 90 Mk. Unterstützung bezog, dann wieder von vorn anfangen muß zu steuern, um nach 26 Wochen pro Tag 50 Pf. Unterstützung beziehen zu können. Ich glaube, daß den Kollegen doch etwas mehr Entgegenkommen gezeigt werden soll, vielleicht in der Weise, daß nach 26 Wochen neuerdings geleisteten Beitrag das betreffende Mitglied mindestens als in die zweite Klasse unterstützungsberechtigt gerechnet werden muß; das ist wohl nicht zu viel verlangt und dürfte sehr wohl durchführbar sein. Ein weiterer Mißstand ist das, daß die ersten drei Tage bei Arbeitslosigkeit Hungertage sind. Ein arbeitsloser Kollege muß doch vom ersten Tage an leben und kann sich nicht bis zum vierten Tage die Kehle zubinden. — Die Umzugsunterstützung könnte in der jetzigen Höhe beibehalten werden.

Nun zur Gemäßregeltenunterstützung. Hier wird wohl ohne Zweifel mehr wie bisher getan werden müssen. Aus eigener Erfahrung bei unserer letzten außergewöhnlichen Agitation in München in der Hinsicht gewißigt, habe ich erkannt, daß diese Unterstützung viel zu minimal ist. Ein Hauptgrund, weshalb unsere Lohnbewegung resultatlos verlief, ist in dem Umstand zu suchen, daß Kollegen, die in der Agitation tätig waren, nicht so wie es sein sollte, arbeiten konnten, weil sie fürchten mußten, aufs Pflaster zu fliegen. Wäre ihnen nun eine ausreichende Unterstützung gesichert gewesen, hätte die Lohnkommission, die nur aus verheirateten Mitgliedern besteht, viel energischer agitieren können, und auch die Vertrauensleute hätten unseren Forderungen mehr Nachdruck verleihen können, wenn sie einer ausreichenden Unterstützung im Falle einer Maßregelung sicher gewesen wären. Es ist hier vorgekommen, daß Kollegen wegen ihrer Tätigkeit für den Verband in halbwegs anständigen Geschäften keine Arbeit mehr finden konnten. Eine direkte Maßregelung war nicht offensichtlich, jedoch indirekt waren die Kollegen gemäßigelt; wahrscheinlich bestehen auch bei unseren sehr rückständigen Meistern schwarze Listen. Bei der gegenwärtigen Gemäß-

regelunterstützung ist es jedoch unmöglich, energisch für Errichtung der Tarifgemeinschaft einzutreten. Es wird in den Großstädten Deutschlands ungewiss, ob man sich bei circa 1800 in unserem Berufe Tätigen nicht im mindesten etwas erreicht worden ist. Wir haben wohl 21 Mk. Minimallohn auf dem Papier, wenn wir jedoch eine wahrheitsgetreue Statistik aufnehmen könnten, würden wir sehen, wie es hier in Wirklichkeit aussieht. Wollen wir nun ganz energisch für Verbesserung unserer Lohnverhältnisse eintreten und diese denen in anderen Großstädten anpassen, so müssen die in der Agitation hierfür tätigen Kollegen auch vor Not und Elend in Maßregelungsfälle geschützt werden. In Aussicht einer Unterstützung von 15 Mk. kann meiner Ansicht nach ein verheirateter Kollege aber nicht den nötigen Eifer in der Agitation entfalten. Ich glaube ganz gewiß, daß in anderen Städten dieselben Verhältnisse genau anzutreffen sind, worin ein Grund zu finden ist, daß es mit der Tarifbewegung so wenig vorwärts geht. Also ausreichende Gemäßregelungen-Unterstützung, dann wird auch der Leipziger Tarif bald seiner Einführung in ganz Deutschland entgegenstehen! Es müßte ein bestimmter Mindestsatz der Unterstützung aufgestellt werden, um den von einer Maßregelung Betroffenen Garantie für genügende Unterstützung zu bieten.

Was nun die Frage der Unterstützung weiblicher Mitglieder anbetrifft, so sind wohl nicht viel Worte dazu zu verlieren, da allgemein anerkannt wird, daß hier zu wenig geboten wird. Ich könnte mich sehr wohl mit einer Beisteuer zur Ausstattung, einem kleinen Zuschuß bei Krankheit einverstanden erklären, jedoch muß auch hier dafür gesorgt werden, daß eine Beitragserhöhung um 5 Pf. durchgeht, was wohl nicht zu schwer fallen dürfte.

Betreffs Einführung von Staffelbeiträgen, im Falle der Erhöhung der Beiträge, kann ich mich in der Weise einverstanden erklären, daß in Städten bis zu 20 Mk. Minimallohn 40 Pf., in anderen 50 Pf. bezahlt wird. Mehr Klassen zu schaffen, wäre nicht tunlich. Die anderen Fragen, die noch einer Besprechung wert wären, will ich nicht berühren, nur möchte ich bemerken, daß es für uns ganz selbstverständlich ist, daß die Alters- und Invalidenversicherung unserer Beamten auf Verbandskosten übernommen wird. Daß die Anstellung von besoldeten Gauleitern eine dringende Notwendigkeit ist, will ich gerne glauben, denn nur durch unabhängige Agitatoren kann für ein stetes Anwachsen unserer Organisation gewirkt werden. Möge der Verbandstag 1904 alle diese Fragen zum Wohle der Gesamtheit erledigen.

München.

J. M. . . r.

Ist eine Verlegung des Verbandsvorstandes von Stuttgart wünschenswert?

Bei Beantwortung dieser Frage müssen wir uns vor Augen führen, welche Beweggründe maßgebend waren, um den Verbandsvorstand nach Stuttgart zu verlegen, um dann zu untersuchen, ob diese Gründe jetzt noch obwaltend sind. Der Buchbinderkongreß vom Jahre 1873 gründete den ersten Buchbinderverband und bestimmte Leipzig als Sitz des Verbandsvorstandes. Die bald darauf gegründete „Allgemeine Buchbinder-Zeitung“ wurde vom Verbandsvorsitzenden Richter gleichfalls in Leipzig herausgegeben. (Im Bericht des Verbandsvorstandes vom Jahre 1900 auf Seite 6 wird zwar Nürnberg als Sitz des ersten Buchbinderverbandes angegeben, trotzdem der Vorstand in Leipzig war — allein auf Seite 7 des genannten Berichts erscheint wieder Leipzig als Sitz. Es muß daher wohl ein Fehler vorliegen.) Der Sitz des Verbandes verblieb in Leipzig bis zum Jahre 1878, in welchem der Verband aufgelöst wurde. Der Kongreß vom Jahre 1885, auf dem unser jetziger Verband gegründet wurde, erkor Stuttgart zum Sitz des Vorstandes. Die Wahl des letzteren Ortes war sehr erklärlich, da Leipzig unter der Herrschaft des kleinen Belagerungszustandes nicht in Frage kommen konnte, und aus gleichem Grunde, verbunden mit den hieraus sich ergebenden behördlichen Maßnahmen, wurde 1886 auch die „Buchbinder-Zeitung“ von Berlin nach Stuttgart verlegt. Der „Kleine“ ist ebenso wie das Sozialistengesetz gefallen, und da muß nun wohl die Frage aufgeworfen

werden, ob unter diesen veränderten Verhältnissen Stuttgart, im äußersten Zipfel des Reiches, weit entfernt von dem Schwerpunkt unserer Organisation und Bewegung, noch als der geeignete Ort für Verbandsvorstand und Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ angesehen werden kann. Berlin und Leipzig weisen nach der letzten Abrechnung allein 6959 Mitglieder auf, also etwas über die Hälfte sämtlicher Verbandsmitglieder. Rechnen wir noch die großen und mittleren Mitgliedschaften Norddeutschlands, als Altona, Amnaberg, Breslau, Chemnitz, Dresden, Hamburg, Hannover, Magdeburg hinzu, so kommt die respektable Summe von 9081 Mitgliedern heraus, so daß man wohl ohne Übertreibung behaupten darf: circa dreiviertel sämtlicher Verbandsmitglieder gehören dem Kreis der rein norddeutschen Mitgliedschaften an, wenn man die kleinen Zahlstellen mit hinzurechnet. Zieht man ferner in Betracht, daß alle größeren Kämpfe zum überwiegenden Teil sich hier abgespielt haben und ein einiges Zusammenarbeiten mit dem Verbandsvorstand dabei oft sehr schwierig gewesen ist, was wiederum zu manchen Verstimmungen und falschen Auffassungen geführt hat, berücksichtigt man, daß der Sitz des Deutschen Buchbinderbesitzerverbandes sowie der des Tarifamtes gleichfalls in Leipzig sich befindet und alle Verhandlungen mit und in diesen Körperschaften hier geführt worden sind, so kann man sich wohl kaum der Notwendigkeit einer Verlegung des Verbandsvorstandes verschließen. Süd- und Südwestdeutschland brauchen deswegen nicht von Verbandsbeamten völlig entblößt zu werden, da die Anstellung besoldeter Bezirksleiter sowieso nur noch eine Frage der Zeit sein wird. Würde Leipzig als Sitz des Verbandes gewählt, so könnten dem gegenüber Bedenken in Rücksicht auf das sächsische Vereinsgesetz erhoben werden. Allein, nachdem der Steinarbeiterverband seinen Sitz nach Leipzig verlegt hat, kann auch dies nicht mehr als stichhaltiger Grund angeführt werden, da der Vorsitzende des genannten Verbandes auf Anfrage erklärte: „Wegen den minderjährigen Mitgliedern seien ihnen noch keine Unannehmlichkeiten erwachsen, da man durch glückliche Fassung des Statuts diesbezüglichen Befürchtungen die Spitze abgebrochen habe.“ Aus allen diesen Gründen und unter Hinweis auf die zentrale geographische Lage Leipzigs wünschen wir, daß der Verbandstag die Verlegung des Vorstandes und der Redaktion der Zeitung nach Leipzig beschließen möge.

Leipzig.

M. W.

Internationales.

Die Aussperrung in Dänemark. Vorläufig ist keine Aussicht vorhanden, daß die Aussperrung unserer Kollegen in Dänemark aufgehoben wird. In der Hauptstadt sind die Einigungsversuche gescheitert und in den Provinzstädten verharren die Meister bei ihrer Ablehnung jeglicher Lohnerhöhung. Die Einigungsvorschläge, die in der vorigen Nummer unseres Blattes erwähnt wurden, sind von der Generalversammlung des Buchbinderfachvereins verworfen worden. Es ist unseren dänischen Kollegen durchaus nicht zu verdenken, daß sie nicht auf diesen allzu mageren Vergleich eingegangen sind. Die geringe Erhöhung des Minimallohns wäre tatsächlich nur für ca. 80 Kollegen von Wert gewesen, da die übrigen bereits jetzt höhere Löhne haben. Dafür eine Tarifgemeinschaft auf volle fünf Jahre, die zu einem für die Arbeiter so ungünstigen Termin wie der 1. Februar ihr Ende erreichen sollte! Im übrigen war auch gar keine Garantie dafür geboten, daß die Aussperrung auch wirklich aufgehoben wurde, falls unsere Kollegen dem Vorschlag zustimmten. Hatte doch die Zünngung zuvor einen Beschluß gefaßt, wonach die Beendigung der Aussperrung in Kopenhagen davon abhängig gemacht werden sollte, daß zugleich auch die Meister der Provinzstädte sich mit den Arbeitern einigten, was bekanntlich ihrer eigenen Aussage nach vorläufig nicht zu erwarten ist. — Der Kampf wird also nun im ganzen Lande fortgesetzt.

Tarifliches aus der Kartonbranche.

In der „Papier-Zeitung“ ist folgendes Eingefandt zu lesen:

Im September 1903 stellte der Buchbinderverband allen Berliner Kartonfabrikanten einen Lohnarif zu,

mit der Bedingung, daß, falls dieser nicht in acht Tagen angenommen wird, es zum Streik kommen soll. Da der Tarif für die verschiedenen Sorten bis zu 50 Prozent Lohnaufschlag verlangte, haben wir im Auftrag der verschiedenen Fabrikanten mit dem Verband unterhandelt und eine gemeinsame Sitzung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern zustande gebracht, in der über die verschiedenen Lohnerhöhungen verhandelt wurde. In dieser Sitzung haben wir die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer auf die ganz ungerechtfertigte Lohnerhöhung aufmerksam gemacht. Da sich die Arbeitgeber vor einem Streik fürchteten, wurde ein Tarif angenommen, der denjenigen Teil der Arbeiter, die bereits 40 Mk. bis 50 Mk. die Woche verdient haben, auf 75 Mk. die Woche brachte, während derjenige Teil der Arbeiter, die bis dahin rund 36 Mk. die Woche verdiente, es nur auf 30 Mk. und 32 Mk. brachte.

Dadurch entfiel in unserer Fabrik Unzufriedenheit unter den Arbeitern, und diese verlangten, wir sollten den alten Tarif wieder in Kraft setzen. Wir lehnten dies ab, weil wir uns dem Verband verpflichtet hatten. Da kamen die Arbeiter mit einem besonderen Tarif und sagten, sie wollen aus dem Verband austreten, wenn wir ihren neuen Tarif annehmen, wir wären dann dem Verband gegenüber nicht mehr verpflichtet.

Da unsere Arbeiter uns näher stehen als der Verband, haben wir mit ihnen den neuen Tarif vereinbart. Daraufhin haben sich (und dies steht wohl einzig da) Arbeitgeber und Verband in einer Sitzung zusammengetan und beschlossen, wie Sie aus folgendem Abdruck aus dem „Vorwärts“ ersehen, uns die Arbeiter zu nehmen.

Achtung! Kartonnarbeiter und Kartonnier!

Die gemeinsame Kommission (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) hat beschlossen, über die Fabrik von Rosenheim & Kaufmann, Wilsstraße Nr. 62—63, die Sperre zu verhängen, weil diese Firma den Metervertrag nicht hält und Sonderabmachungen getroffen hat.

Das Schiedsgericht der Kartonbranche.

Ortsverwaltung

des Deutschen Buchbinderverbandes.

Es sind dann bei uns im ganzen 10 Arbeiter weggegangen, die von der Konkurrenz eingestellt wurden. Als sie saß, daß wir dadurch keinen Schaden hatten, hat sie es unternommen, bei unseren Abnehmern den Preis für Kartons so zu unterbieten, daß, wenn Pappen heute 12 Mk. die 100 Kilogramm kosten würden, sie dabei auch nicht ihre Rechnung finden könnten.

Die Zeit kommt wieder, wo Pappen 17 Mk. bis 18 Mk. kosten werden, und wir wollen dann sehen, ob diese Konkurrenz die Preise ohne uns wieder in die Höhe bringen kann.

Jetzt, wo Lederpappen im Preise niedrig sind, sollten sich die Kartonfabrikanten von der Zeit holen, wo sie für Lederpappen 18 Mk. bis 19 Mk. haben anlegen müssen und dabei nicht ihre Rechnung fanden.

Es ist ein Jammer, daß die Lederpappenfabriken gezwungen sind, ihre Pappen so billig herzugeben, und statt daß der billige Preis den Kartonfabrikanten zugute kommt, werden die Kartons den Abnehmern zu einem Preise angeboten, als wenn Pappen gar nichts kosteten. Und doch spielte gerade bei den Verbrauchern dieser Kartons der Preis dafür keine Rolle, wenn ihnen nicht durch die Konkurrenz täglich die Preise immer niedriger gestellt würden.

Rosenheim & Kaufmann.

Hierzu haben wir folgendes zu bemerken: Als im September vorigen Jahres die Berliner Zahlstelle als Vertreterin der Kartonnier den Postkartonfabrikanten einen Affordtarif zustellte, wurde dieses Vorgehen von einem Teil der Fabrikanten mit Freuden begrüßt. Diese Fabrikanten sagten uns: durch die Festlegung der Löhne und der Arbeitszeit dürfte es gelingen, in etwas wenigstens die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, wie ja jeder verständige Fabrikant überhaupt die Abschließung von Tarifverträgen mit Freuden begrüßen muß.

Wie die Verhältnisse in der Postkartonbranche lagen, zeigen wohl folgende Sätze aus einem Briefe, der uns von einem Fabrikanten zuzug.

„In der gestrigen Versammlung, der ich beiwohnte, mußte ich zu meinem nicht geringen Schrecken die von gewissen Konkurrenzfirmen bisher gezahlten flandaisischen Arbeitslöhne erfahren, welche im Verhältnis zu den von mir seit Jahr und Tag bewilligten Löhnen recht jammervoll sind. Jetzt ist es mir auch klar und steht zweifellos fest, welchem Umstand diese Firmen allein ihren Aufschwung in so kurzer Zeit zu verdanken haben. Oft stand ich ratlos da, als ich von der Kundschaft die Preise erfuhr, die diese an die erwähnten Konkurrenzfirmen zahlte.

Jetzt weiß ich es, daß letztere nur auf Kosten der bei diesen beschäftigten Arbeiter

so zu schleudern in der Lage waren, wie es bisher zum großen Teil der Fall gewesen ist.

Kunmehr halte ich die Forderungen der Mieter keinesfalls für unannehmbar und bewillige dieselben hiermit unter der Voraussetzung, daß diese Forderungen der Mieter bei allen übrigen Firmen ohne Ausnahme durchgebrochen werden. Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. . . .

Die Vereinigung der Kartongabrikanten lehnte die Forderungen ab. Es kam daraufhin, als die Mieter drohten, die Arbeit am übernächsten Tage niederlegen zu wollen, eine Sitzung der Fabrikanten mit Vertretern unseres Verbandes zustande, in der auch Herr Kaufmann in Firma Rosenheim & Kaufmann zugegen war. In dieser Sitzung wurden die einzelnen Punkte des Tarifs durchgegangen, Änderungen vorgenommen, an diesem oder jenem Punkte etwas abgelassen, kurz, man ging auseinander in dem Bewußtsein, den Frieden in der Branche gesichert zu haben. Da auch ein Schiedsgericht vorgesehen war, wurde Herr Kaufmann beauftragt, die Namen der gewählten Fabrikanten uns zu übermitteln. Nach mehrfachen Mahnen bekamen wir 3 Firmen namhaft gemacht, deren Vertreter in das Schiedsgericht gewählt sein sollten. Sollten! denn gelegentlich einer Unterredung mit einem Fabrikanten stellte sich heraus, daß der Herr Kaufmann die Wahl selbst vorgenommen hatte, ohne daß die anderen Fabrikanten etwas davon wußten. Ich führe das deshalb an, um die Wahrheitsliebe des Herrn Kaufmann zu kennzeichnen.

Der Tarif wurde eingeführt; bald klagten uns die Arbeiter von R. & K., daß die bisherigen paar höheren Positionen entgegen den Abmachungen nicht gezahlt werden sollten. Eine Verhandlung mit der Firma verlief resultatlos; eines schönen Tages erhielten wir die Nachricht: die Firma hat mit ihren Arbeitern einen neuen Tarif vereinbart, just an demselben Tage, an dem der Werkführer Geburtstag hatte und diesen "ordentlich" feierte. Mehrere Versuche, durch Besprechungen mit den Kollegen eine Verständigung zu erzielen, um dieselben zu veranlassen, ihre Sonderabmachungen zurückzuziehen, hatten keinen Erfolg. Eine Sitzung, die wir mit den tariftreuen Fabrikanten abhielten, beschloß nochmals, die Kollegen aufzufordern, die Sonderabmachungen rückgängig zu machen, oder aber die Fabrik zu verlassen; die anderen Fabrikanten verpflichteten sich, die Arbeiter sofort bei sich aufzunehmen, die Kosten der Publikationen werden von der gemeinsamen Tarifkommission getragen. Sollten sich die Arbeiter weigern, so sollten diesen fernerhin die tariftreuen Fabriken verschlossen bleiben.

Wie angegeben, gingen zehn Arbeiter, die zur Erkenntnis ihres Wortbruchs gekommen und das Schädliche ihrer Handlungsweise eingesehen, ihrer Wege und verließen die Fabrik von R. & K.

Dieses gemeinsame Vorgehen der Arbeiter und Prinzipale ist gar kein so ungeheuerliches oder neues; auch das Tarifamt der Buchdrucker sperrt tarifuntreuen und wortbrüchigen Unternehmern die Werkstuben.

Was die hohen Löhne betrifft, so existieren dieselben wohl nur in der Vorstellung des Herrn Kaufmann, haben doch die Kollegen nur 24 Mk. Minimallohn gefordert. Eine oder die andere Kolonne — es arbeiten immer zwei oder drei Kollegen zusammen — mag wohl einmal in einer Woche, jedoch nicht regelmäßig, 40 Mk. pro Person herausgeholt haben, bei Erwähnung dessen die Firma jedoch verschweigt, daß bis um 9 und 10 Uhr abends gearbeitet wurde. Diese Arbeitszeit soll sogar sehr häufig üblich sein. Wenn nur gar die Firma sich dazu aufschwingt, zu erklären, die Leistniet verdienten 75 Mk. pro Woche bei den neuen Tariffähigen, so ist das eine ebensolche Wahrheit wie die Angabe des Herrn Kaufmann in betreff der gewählten Schiedsgerichtsbeisitzer der Arbeitgeber. Fest steht für uns: Die Firma R. & K. gedachte mit ihren Sonderabmachungen im Trüben zu fischen und Schutzkonkurrenz zu treiben.

Was das Unterbieten bei den Abnehmern betrifft, so haben wir zu erklären, daß wir der Sache fernstehen.

Auch diese Firma wird hoffentlich zur Erkenntnis gelangen, daß es besser ist, das schriftlich gegebene Wort zu halten, als wie in stetem Kampfe mit den Arbeitern zu leben. Aus dem Auge werden

wir die Firma nicht lassen, schon aus dem Grunde nicht, um den Mietertarif zu erhalten und zu verallgemeinern.

Berlin.

Eugen Brückner.

Verbandstag der Portefeuller.

Vom 4. bis 6. April tagte zu Offenbach a. M. der erste Verbandstag der Portefeuller, zu dem 18 Delegierte, der Vorsitzende und Kassierer des Verbandes und der Vorsitzende des Ausschusses erschienen waren. Ferner als Gäste: Kube-Berlin, Vertreter der Generalkommission; Blume-Berlin, Vertreter des Sattlerverbandes; Böttcher-Stuttgart, Vertreter des Buchbinderverbandes, und Oberndorfer-Wien, Vertreter der Wiener Ledergalanteriearbeiter.

Nach Entgegennahme der Berichte, die gedruckt vorliegen und mündlich ergänzt werden, trat eine lebhaft diskutierte ein, in welcher unter anderem die Parteilichkeit Weinschilds kritisiert wurde. Auch der Wert der aufgenommenen Statistik wurde nicht von allen Delegierten anerkannt. Die Agitationsreisen des Vorsitzenden Weinschild, die von einigen Rednern als nutzlos bezeichnet wurden, wurden vom Nürnberg-Delegierten verteidigt; die dortige Zahlstelle verdankte ihre Entstehung und Entwicklung der Anwesenheit Weinschilds.

Über Arbeitslosenunterstützung referierte Weinschild und trat dieser warm für eine solche ein. Hennig-Berlin für eine Krankenunterstützung, die von den Berliner Delegierten für sehr praktisch gehalten wurde. Hauptmann-Berlin bezweifelte die Unterlage, die Weinschild zur Verteilung der Einführung einer Krankenunterstützung gemacht hat, da die Abrechnung nicht genau stimme, in bezug auf die vielen Restwochen sei hier eine Veränderung in der Buchung vorgenommen worden, um kein zu ungünstiges Bild nach außen hin zu geben. Weinschild gibt dieses zu, erklärt jedoch, er habe dieses bei seiner Berechnung berücksichtigt. Im Prinzip wurde eine Erwerbslosenunterstützung, womit eine Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder von 20 auf 30 Pf. und für weibliche von 10 auf 15 Pf. verbunden ist, einstimmig beschlossen. Die endgültige Entscheidung bleibt jedoch den Mitgliedern durch Urabstimmung vorbehalten.

Über Hausindustrie referiert Heindke-Berlin. Zu diesem Punkte war Gewerbeinspektor Engeln nebst Assistenten Schweigert erschienen. Referent empfiehlt, nach Schilderung der trassen Mißstände in dieser Industrie, die Errichtung von Betriebswerkstätten mit Hilfe des Verbandes. Der Verbandstag machte sich jedoch die Beschlüsse des Heimarbeiterkongresses zu eigen, für welche der Verband mit aller Energie zur Durchführung einzutreten sich verpflichtet.

Unsere Taktik bei Lohnbewegung behandelte Hennig-Berlin. Nach längerer Diskussion fand eine Resolution Annahme, die sich im wesentlichen dafür ausspricht, tarifliche Entlohnungen anzustreben und das hierzu nötige Material zu sammeln.

Zu der Bestimmung über Streiks, Streikreglement und Streikunterstützung wurden diverse Änderungen beschlossen. Bei Antrittsstreiks müssen alle Beteiligten sechs Monate im Verband sein. Bei Streiks bis zu zwei Tagen wird keine Unterstützung bezahlt. Bei Maßregelungen kann der Betreffende mit drei Viertel seines Verdienstes bis zur Höhe von 50 Mk. unterstützt werden.

Sodann wird über die Zulassung zum Verband, respektive über die Änderung des Statuts, daß künftig nur noch Portefeuller zum Verband zugelassen werden sollen, beraten. Der Hanauer Delegierte trat entschieden für Beibehaltung des jetzigen § 1 im Statut ein. Im Ablehnungsfall aber für fernere Zulassung mindestens der Etuisarbeiter zum Portefeullerverband. Derselbe verlangte eine Erklärung vom Vertreter des Buchbinderverbandes, welches Entgegenkommen man dem Portefeullerverband garantiere, wenn er sein Statut ändere, dem früheren Wünsche des Buchbinderverbandes entsprechend. Böttcher-Stuttgart als Vertreter des Buchbinderverbandes gibt die kurze Erklärung ab, hierzu nicht kompetent zu sein, bei Annahme des Antrags Hanau müßte es der diesjährigen Generalversammlung des Buchbinderverbandes überlassen bleiben, endgültig und aufs Neue über den erhobenen Protest zu entscheiden. Gegen die Stimme des Hanauer

Delegierten wurde beschlossen, die Worte „Papiergalanterie und Etuisindustrie“ aus dem Statut zu streichen. Der Gewerkschaftskongress hatte bekanntlich beschlossen, dem Portefeullerverband solange den Anschluß an die Generalkommission zu verweigern, bis dieser sein Statut, entsprechend dem Memorandum der Konferenz vom 30. Dezember 1901 abändert.

Darauf wurde die Stellung des Verbandes zu den verwandten inländischen als auch ausländischen Organisationen und zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beraten.

Dazu lagen seitens des Vorstandes Vertragsentwürfe mit dem Buchbinderverband und Sattlerverband vor, die von Weinschild begründet wurden. Der Vertreter des Sattlerverbandes glaubt sagen zu dürfen, daß der vorliegende Entwurf für seinen Verband wohl akzeptabel sei. Der Vertreter des Deutschen Buchbinderverbandes kritisiert einzelne Paragraphen, die für ihn selbstverständlich und in der Praxis von seinem Verband mit anderen Organisationen eingehalten werden. Vorkommnisse wie bei den Firmen Dr. Krügener-Frankfurt und Diegel-Offenbach lassen sich auch hierdurch nicht aus der Welt schaffen, hierzu gehören gut geschulte örtliche Funktionäre und sei es Aufgabe der Vorstände, diese zu erziehen. Es läge somit an dem Portefeullerverband, einen Vertrag auszuarbeiten, der, wenn ein solcher notwendig sei, vom Buchbinderverband auf dessen Generalversammlung Ausschluß auf Annahme habe.

Bei der Beratung der Statuten wurden bedeutende Veränderungen beschlossen. In Zukunft können auch die Generalversammlungen eine Erhöhung der Beiträge beschließen, was nach dem alten Statut nur durch Urabstimmung mit zwei Drittel Majorität der Abstimmanden beschlossen werden konnte. Ein Verbandstag findet alle drei Jahre statt. Als besoldeter Vorsitzender wurde Weinschild einstimmig wiedergewählt. H. B.

Jahresbericht des Gaues VIII.

Wieder stehen wir vor der Aufgabe, einen Bericht über unsere Tätigkeit, sowie über die Entwicklung der Organisation in unserem Gau geben zu müssen. Und um so freudiger gehen wir diesmal daran, weil wir über ein Jahr emsiger und erfolgreicher Tätigkeit berichten können.

Im Gegenfah zum Jahre 1902, das still und ruhig, ohne bemerkenswerte Ereignisse verlief, setzte im verflossenen Jahre in allen Orten des Gaues eine rege agitatorische Tätigkeit ein, durch die allorts bemerkenswerte, zum Teil die daran geknüpften Erwartungen übersteigende Erfolge erzielt wurden. Den Anlaß zu dieser Tätigkeit gaben die in diesem Jahre in Aussicht stehenden Tarif- und Lohnbewegungen; während der Erfolg der Agitation durch den in einigen Orten unseres Gaues einsetzenden besseren Geschäftsgang günstig beeinflusst wurde. Eine weitere Anregung gab der am zweiten Pfingstfeiertag in Hildesheim abgehaltene Gantag. Wird auch den Gantagen mancherorts eine besondere Bedeutung nicht beigemessen, so ist doch nicht zu verkennen, daß die dafelbst gegebenen Anregungen auf das Verbandsleben in den kleineren Orten befruchtend und fördernd einwirkten. Das aber und nichts anderes soll die Hauptaufgabe der Gantage sein. Auf die auf unserem Gantag geführten Verhandlungen näher einzugehen, erübrigt sich, da der in Nummer 25 und 26 unserer Zeitung vom 20. und 27. Juni verflossenen Jahres erschienenen Gantagsbericht ein ausführliches Bild der dort geführten Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse bietet.

In den Gauvorstand zahlende Einzelmitglieder waren am Beginn des Jahres 88 vorhanden. Eingetretene sind im Laufe des Jahres 43, zugereist 69, abgereist 78, gestrichen 9 und zum Militär abgegangene 3 Mitglieder. Es bleibt somit am Schlusse des Jahres bei einer Zunahme von 22 ein Bestand von 60 Mitgliedern. Dieselben verteilen sich auf folgende Orte: Göttingen 10, Detmold 8, Minden i. W. 6, Osnabrück 3, Einbeck 3, Gronau 4, Hofgeismar 7, Goslar 1, Alfeld 1, Wennigsen 1, Hameln 1, Verford 3, Quakenbrück 1, Claustal 1, Wunstorf 1, Marburg 2, Lengerich 1, Bückeburg 1, Stadthagen 1, Hörter i. W. 2, Wexen 1 und Burgdorf 1.

Ein erfreuliches Bild bietet ferner die Zunahme an Mitgliedern in den Zahlstellen Hannover und Bielefeld. Auch Kassel hat ein kleines Mehr an Mitgliedern aufzuweisen, während in Braunschweig und Hildesheim ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist. Nachstehende Tabelle veranschaulicht den Gesamtmitgliederbestand im Gau am Schlusse der Quartale.

Ort	Beginn d. Jahres		1. Quart.		2. Quart.		3. Quart.		4. Quart.	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Hannover . .	233	92	235	90	237	103	301	392	309	298
Bielefeld . .	64	—	72	1	78	23	78	20	88	21
Braunschweig .	40	—	37	—	33	—	31	—	35	—
Kassel	27	—	41	—	30	—	43	—	35	—
Hildesheim . .	13	—	13	—	10	—	10	—	11	—
Einzelmitgl. .	38	—	60	—	60	—	56	—	60	—
	415	92	458	91	448	126	519	412	538	319
	507	—	549	—	574	—	931	—	857	—

Das rapide Anwachsen der Mitgliederzahl in Hannover ist auf die nach dreijähriger, vorbereitender Tätigkeit endlich erfolgte Lohnbewegung zurückzuführen. Besonders bemerkbar machte sich hier die Zunahme an weiblichen Mitgliedern. Betrug die Zahl derselben am Schlusse des 1. Quartals 90, so hatte sich dieselbe am Schlusse des 3. Quartals mehr denn vervierfacht. Leider zeigt jedoch der Abschluß des 4. Quartals das immer wiederkehrende Bild, daß die Mitglieder nach einer Lohnbewegung, so schnell wie sie gekommen, so schnell auch wieder verschwinden.

Das Resultat der Lohnbewegung ist hinreichend bekannt. Die Haupterfolge sind: die Erhöhung des Minimallohnes für männliche Arbeiter von 18 Mk. auf 21 bzw. 22,50 Mk., sowie die Einführung eines Minimallohnes für weibliche Arbeiter. Ferner die allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit vom 1. Juli 1904 ab. Die anfangs zugebilligte Einführung eines einheitlichen Akkordtarifes für die Kontobuchbranche wurde bekanntlich zurückgestellt, und einige man sich vorläufig auf die Einführung von Werkstattentarifen, die ab 1. April 1904 zur Einführung gelangen sollen. Auch der unglückliche Ausgang des Kartonnagerstreiks ist aus den Berichten der Zahlstelle hinlänglich bekannt. Glücklicherweise hatte derselbe nicht die verheerenden Wirkungen zur Folge, wie der 1897 ungünstig verlaufene Streik bei Obermeyer Nachf. Der agitatorische Wert der diesjährigen Lohnbewegung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Bis in die kleinsten Werkstätten drang der Gedanke der Organisation und wird sich dieses bei künftigen Veranstaltungen der Zahlstelle stets nutzbringend erweisen.

Anerkennung verdient die energische Agitation der Zahlstelle Bielefeld. Dank dieser ist die Mitgliederzahl daselbst von 64 auf 109 am Schlusse des Jahres gestiegen. Im 1. Quartal finden wir dort 1 weibliches Mitglied, am Schlusse des Jahres 21. An eine Lohnbewegung konnte dort jedoch nicht gedacht werden, da namentlich bei den in der Kontobuchbranche beschäftigten Kollegen hierfür das nötige Interesse nicht vorhanden war.

In Braunschweig drückte der außerordentlich flauere Geschäftsgang sehr auf die Verbandstätigkeit, dennoch wurde bei der jetzt abgeschlossenen Lohnbewegung ein angesichts der Verhältnisse zufriedenstellender Erfolg erzielt. Den in Buchdruckereien beschäftigten Kollegen wurde ein prozentualer Lohnzuschlag zugestanden. Die Innungsmeister bewilligten statt des bisher bestehenden Minimallohnes von 16 Mk. einen Stundenlohn von 27 und 30 Pf. (gleich 16,20 und 18 Mk.). Die so wünschenswerte Einführung der neunstündigen Arbeitszeit muß jedoch einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Auch in Kassel geht es — wenn auch langsam — vorwärts. Wie sich der Gauvorsitzende persönlich überzeugte, herrscht hier ein guter Geist unter den Kollegen, und kann voraussichtlich bei der nächsten Periode der Lohnbewegungen auch hier einmal daran gedacht werden, die überaus traurigen Lohnverhältnisse in etwas aufzubessern.

Das Schmerzenskind unter den Zahlstellen ist Hildesheim. Die bei Gründung dieser Zahlstelle vorhandene Begeisterung machte bald der so verderblichen Gleichgültigkeit namentlich unter den

älteren Mitgliedern Platz. Zweimal war der Gauvorsitzende, einmal der Vorsitzende der Zahlstelle Braunschweig in Hildesheim anwesend. Der Erfolg war gleich Null. Auch der hier abgehaltene Gau-tag vermochte nicht, ein etwas lebhafteres Interesse wachzurufen.

Eine eifrige Tätigkeit entfaltet die Kollegen in Göttingen, hier stieg die Mitgliederzahl von 3 auf 12; am Orte beschäftigt sind etwa 20 Berufsangehörige.

Ein Gleiches war in Minden i. W. der Fall. Jahrelang waren hier 2 bis 3 Verbandsmitglieder, in diesem Jahre zählten wir 8. Eine im September abgehaltene Versammlung hatte den Zweck, die bei der Firma Bruns beschäftigten 8 Kollegen zu organisieren. Das Versprechen, dem Verbands beizutreten, wurde auch gegeben, durch die Maßregelung eines Schriftsetzers wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation ließen sich unsere Kollegen jedoch wieder abbrechen.

Eine Lohnbewegung hatten wir ferner in Hofgeismar bei der Firma L. Kefberg zu verzeichnen. Diese brachte den daran beteiligten Kollegen eine Lohnzulage von je 1 Mk. Hier dauernd bessere Verhältnisse zu schaffen, wird jedoch erst möglich sein, wenn ein Gleiches in der Nachbarzahlstelle Kassel geschieht.

Außer einer im Frühjahr nach Göttingen, Kassel und Hofgeismar unternommenen Agitationstour war der Gauvorsitzende dreimal in Hildesheim, einmal in Minden und ferner in der die Lohnbewegung in Braunschweig eröffnenden Versammlung anwesend. Aus Anlaß der Lohnbewegung in Hannover nahm der Gauvorsitzende an zahlreichen Sitzungen der Zahlstelle teil.

Die Korrespondenz des Gauvollmächtigten war eine sehr umfangreiche. Der Ausgang derselben belief sich auf 273 Briefe, 112 Postkarten, 23 Drucksachen und 10 Postanweisungen. Die Zahl der Zeitungsendungen betrug 1110.

Bei allen unseren Arbeiten bezüglich Statistif, Adressenverzeichnis der Arbeitgeber usw. fanden wir auch in diesem Jahre die bereitwilligste Unterstützung sämtlicher Bevollmächtigten und Vertrauensleute und sagen wir denselben dafür an dieser Stelle unseren besten Dank.

Zum Schlusse gestatten wir uns, den Mitgliedern unseren Kassenbericht zu unterbreiten.

Verbandskasse.

Einnahmen:	
Am Orte behalten	59,22 Mk.
33 Aufnahmen à —,50 Mk.	16,50 =
10 „ „ „ 1,— „	10,— =
2946 Beiträge à —,35 „	1031,10 =
Summa	1116,82 Mk.
Ausgaben:	
Für außerordentliche Agitation	46,60 Mk.
20 Prozent der Beiträge an die Gaukasse	206,22 =
Eingehandt an die Verbandskasse	720,56 =
Am Orte behalten	143,44 =
Summa	1116,82 Mk.

Gaukasse.

Einnahmen:	
Bestand am Anfang des Jahres	87,50 Mk.
20 Prozent der Verbandsbeiträge	206,22 =
Gaubeitrag Hannover (4. Quartal)	25,20 =
= Bielefeld	10,80 =
= Braunschweig	3,10 =
= Kassel	3,50 =
= Hildesheim	1,10 =
= Einzelmitglieder	4,90 =
Zur Agitation von Mitgliedern in Minden	0,90 =
Summa	342,92 Mk.

Ausgaben:

Briefporto, Porto der Vertrauensleute, Straßporto und Bestellgeld	72,33 Mk.
Zeitungsporto	51,71 =
Schreibmaterial	5,95 =
1 Stempel	1,75 =
Inkosten des Gautags nach Abzug des Zuschusses der Zahlstellen	10,80 =
Agitation	23,— =
Diverses	8,— =
Summa	173,54 Mk.

Bilanz.

Einnahmen	342,92 Mk.
Ausgaben	173,54 =
Bestand am 31. Dezember 1903	169,38 Mk.

Hannover. Heinz Kornacker.

Das Marmorieren von feinen Anfängen bis zur Gegenwart.

II.

Zur praktischen Einführung in das Marmorieren beschreiben wir zunächst die hierfür erforderlichen Utensilien.

1. Der Marmorierkasten

dient zur Aufnahme des Schleimes oder Grundes zum Marmorieren. Es ist am praktischsten, wenn man ihn aus starkem Zinkblech in einer Länge von 55 Zentimeter, einer Breite von 25 Zentimeter und einer Höhe von 3 1/2 Zentimeter anfertigen läßt, in diesem Format ist er zu den vorkommenden Arbeiten am geeignetsten. Praktisch, ja notwendig ist es, diesen Kasten in einen größeren zu stellen, wo Raum zu den verbrauchten Abziehlstreifen vorhanden ist, es wird dadurch viel Unsauberkeit vermieden, die beim Eintauchen der Bücher durch Überlaufen des Grundes entsteht. Bei großen Partien und im Großbetrieb ist es überhaupt unerlässlich, diesen Doppelkasten zu haben.* Passend zu diesem Kasten lasse man sich noch ein Blech schneiden, das man als Scheid dem Kasten einfügig und so diesen verkleinern kann, was sich eben dann notwendig macht, wenn man nicht die ganze Fläche zum Marmorieren benutzen will und deshalb nicht nötig hat, die ganze Fläche zu besprengen.

2. Die Kämme

kann man sich selbst fertigen. Sie sind dazu bestimmt, die aufgesprungenen Farben in Formen zu bringen. Man fertigt sich davon drei Stück an und zwar auf folgende Weise: Man schneidet sich Pappstreifen, möglichst aus sogenanntem Presspahn, in der Breite des Kastens, in unserem Falle also 25 Zentimeter lang und ungefähr 7 Zentimeter breit. Auf einem solchen Streifen befestigt man mit starkem Leime schwache Nadeln, am geeignetsten sind hierzu die bekannten Insektennadeln. Wenn die Nadeln soweit angetrocknet sind, daß ein Werschleiben nicht mehr möglich ist, nehme man einen gleich großen Pappstreifen, flebe ihn auf der anderen Seite auf, also so, daß sich die Nadeln zwischen beiden befinden und presse dieses fest ein. Nun ist der Kamm fertig. Praktisch ist es, einen mit etwa 5 Millimeter Abstand der Nadeln (für Geschäftsbücher), einen mit 3 Millimeter (für gewöhnliche Bände) und einen mit 2 Millimeter (für Rosetten) anzufertigen. Außerdem braucht man noch einen verschiebbaren Kamm. Man fertigt ihn an, indem man zwei Kämme mit einem Nadelabstand von je 17 Millimeter herstellt, die Pappstreifen müssen jedoch länger als 25 Zentimeter sein. Die Nadeln werden nur auf einer Länge von 20 Zentimeter angebracht, die überstehenden Pappenden werden eins am rechten, das andere am linken Ende mit Hülfen versehen, worin sich das andere Ende leicht hin und her schieben läßt. Am oberen Teile des Kammes bringt man ein Hindernis an, so daß sich derselbe nur soweit schieben kann, bis sich die Nadeln decken.

3. Der Zugstift

dient zum Langziehen der Farbentropfen. Man schnitt sich ein Stäbchen von ungefähr 9 Zentimeter Länge, am oberen Ende etwa 1 Zentimeter stark und nach unten spitz verlaufend.

4. Die Farbennäpfe.

Dazu sind am geeignetsten gewöhnliche Blumentopfuntersätze. Zur Aufnahme der Galle und der dunklen Farben beim Schmaladernmarmor nimmt man am besten eine Schüssel von Blech.

5. Die Pinsel.

Zum gezogenen Marmor sind gewöhnliche Vorstempelpinsel in ungefährer Stärke von 1 1/2 bis 2 Zentimeter zu gebrauchen, davon vier Stück, sowie einen von vielleicht doppelter Stärke. In Buchbindereientensiliengeschäften wie Klement-Leipzig, D. Th. Winkler-Leipzig, Leo-Stuttgart usw. kann man auch solche mit gebogenen Spitzen erhalten. Diese sind den einfachen vorzuziehen; sonst tun es aber auch die letzteren.

Zu Aberschnitten braucht man Pinsel aus Weisstroh, die man sich ebenfalls selbst anfertigen kann, indem man an einen etwa 1 1/2 Zentimeter starken und ungefähr 20 Zentimeter langen Stab Weisstroh mit Bindfaden befestigt, die Länge des freistehenden

* Fertig zu beziehen von Klement in Leipzig.

Strohes muß ungefähr 8 Zentimeter betragen. Von diesen Besen fertigt man sich vier Stück an. Nun braucht man noch den Schlagpinsel. Zur Anfertigung eines solchen genügt schon ein keilförmig zugeschnittener Ballenstock, an dessen einem Ende etwa ein halbes Kilo Reisstroh flach angebunden wird, so daß es oben etwa 7 Zentimeter und beim Ausgang der Halme etwa 25 Zentimeter Breite hat; die Halme müssen vorn akkurat abgeschnitten sein. Auch einen etwas kleineren Strohpinsel, zum türkischen Schmaladermarmor, braucht man. Diese Strohpinsel von Klement in Leipzig zu beziehen ist vorteilhafter, als sie selbst anzufertigen. Man bestelle Farbpinsel von Reisstroh, sowie einen großen und einen kleinen Schlagpinsel.

Nach dieser Beschreibung der Utensilien kommen wir zur Beschreibung der Materialien.

1. Die Farben

kaufte man fertig. Vom Selbstreiben kann man ganz absehen, denn diese Arbeit ist sehr zeitraubend und langweilig; auch erhält man nicht leicht die geeigneten rohen Farben, höchstens zum fogenannten französischen Maxmor ~~man~~ sich Florentiner Lack als Rot und Indigo als Blau reiben, da sich mit diesen zwei Farben oft bessere Andern erzielen lassen wie mit den gekauften. Beim Kaufe von fertigen Farben kommen hauptsächlich zwei Firmen in Betracht: Die Hallsersche erhält man in jedem Buchbindereientensiliengeschäft, auch verschiedene Kräutergewölbe haben den Vertrieb übernommen; eine Halbliterflasche kostet 2 Mk. Kast & Chinger haben in Leipzig ihr Hauptlager bei Wittenbacher & Leutemann, Liebigstraße; die Halbliterflasche kostet aber nur 1,50 Mk. Beide Farben sind gleichwertig, nur will jede etwas anders behandelt sein. Die Hallsersche hat schon etwas Galle und ist eigentlich, wenn man es so nehmen will, so ziemlich zum gezogenen Schnitt fertig, wohingegen die von Kast & Chinger keine Galle hat und noch verdünnt werden muß. Das ist jedoch kein Fehler, denn sie stellt sich dadurch billiger, kostet ja auch schon 50 Pf. weniger. Ich habe seit Jahren nur diese verwendet und bin in jeder Beziehung damit zufrieden.

2. Das Carrageenmoos

ist zum Kochen des Grundes am geeignetsten. Man kann auch Gummi, Trachant, Leinamen, Flohsamen, sowie jede andere schleimgebende Masse dazu verwenden, doch haben lehtbezeichnete einigen Uebelstand, so daß Carrageenmoos das beste bleibt, nur soll man nicht vom besten kaufen, denn das hat weniger Gehalt als eine mittlere Sorte.

3. Die Galle

kommt zur Farbe als treibende Kraft. Man besorge sich vom Fleischer oder Schlachthof eine Literflasche Hinds-galle. Dann nehme man eine zweite gleiche Flasche, setze auf diese einen großen Trichter, den man mit Löschpapier doppelt ausschlägt und filtriere nun die Hälfte der Galle hindurch, so daß die Quantität auf zwei Flaschen verteilt ist und gebe je ein Viertelliter absoluten Alkohol dazu. Nachdem schüttelt man die Flaschen gut und die Galle ist zum Gebrauch fertig.

4. Die Seife

Man nehme ein halbes Liter absoluten Alkohol, kochte darin mit der nötigen Vorsicht, indem man den Topf in einen größeren zum Teil mit Wasser gefüllten stellt, für 10 Pf. gut geschabte venetianische Seife, dann gieße man in einen Eimer drei Liter Wasser, tue die noch kochende Seife hinein und schlage das Ganze zu Schaum, so daß der Eimer gefüllt wird; nach einigen Stunden gieße man die so gewonnene Seifenlösung in Flaschen.

Nach diesen Vorbereitungen der Materialien und Utensilien geschieht in folgender Weise

Das Kochen des Grundes.

Man nehme einen Topf, der peinlich sauber ist, womöglich noch nie zu etwas anderem gebraucht wurde, in der Größe von vielleicht 5 bis 6 Liter Gehalt, fülle diesen ungefähr zu Dreivierteln mit Flußwasser (Brunnenwasser ist zu hart), gebe ungefähr 50 bis 60 Gramm Moos hinein (ein auf das Gramm genau bestimmtes Quantum läßt sich nicht angeben, da es auf den Gehalt des Mooses ankommt, das oft recht verschieden ist) und nachdem

dasselbe einmal auf dem Feuer aufgewallt ist, nehme man es herunter und gieße den Topf unter stetem Umrühren voll Wasser. Darauf gieße man den Grund durch ein grobes Sieb, so daß das Moos zurückbleibt und stelle ihn an einen Platz in dem Raume, wo man zu marmorieren gedenkt; warum dies geschehen muß, werden wir noch später erklären. Tags darauf wird das Moos noch einmal, und zwar durch einen aus festem Leinenstoff gefertigten Sack gegossen.

Das Nichten des Grundes und der Farben.

Beginnen wir nun mit der eigentlichen Arbeit. Den Kasten stelle man sich an einen hellen Platz, möglichst aus Fenster, gieße ihn voll Grund, den man vorher noch einmal tüchtig gerührt und auf seine Stärke hin gepriift hat. Wie dick der Grund sein muß, läßt sich nicht genau angeben, dazu braucht man eben praktische Erfahrung. Ist er zu dick, so gieße man Wasser zu, ist er zu dünn, dann ist er nicht zu gebrauchen. Darum kochte man den Grund stets dicker, als wie man ihn zu gebrauchen gedenkt, verdünnen kann man ihn immer noch. Hinter den Kasten stelle man sich nun die Farbenmäpfe mit den Haarpinseln. Schüttele nun die Farben gut um und gieße von jeder — sagen wir einmal schwarz, gelb, rot — etwas in die Mäpfe. Nun bekommt jede Farbe einen Zusatz von etwas Wasser und einigen Tropfen Galle. Bei der Galle ist es zweckmäßig, etwas in eine kleine Flasche zu gießen und den Stöpsel mit einer Kerze zu versehen, damit man bequem tropfenweise zugeben kann. Nun gieße man in einen weiteren Kasten Zinkweiß, nehme zum Austragen des Zinkweiß aber einen Haarpinsel, etwa in der Stärke eines Fingers. Zinkweiß kauft man nicht fertig, sondern man fertigt es sich selbst an. In eine Literflasche schüttelt man das pulverisierte Zinkweiß und gießt diese halb voll Wasser, rätlich ist es, dem Zinkweiß gleich ein paar Löffel Galle zuzugeben. Ehe man nun mit dem Aufsprengen der Farben beginnt, zieht man den Grund ab, das hat übrigens vor jedem Aufsprengen zu geschehen. Und zwar bewerkstelligt man das auf folgende Weise: Man schneide Papierstreifen in der Breite von zwei Fingern und etwas länger, als der Kasten breit ist, nehme einen solchen und ziehe ihn, etwas eingetaucht, damit er die Farbenreste mit wegnimmt, von links nach rechts über den Grund gehend. Dasselbe wiederhole man mit einem zweiten, um auch das sich stets bildende Häutchen zu entfernen, das sich bei jeder schleimigen Masse sofort bildet und dem Ausbreiten der Farben hinderlich ist. Diese Bildung des Häutchens wird beschleunigt, wenn der Unterschied der Temperatur zwischen Luft und Grund ein sehr unterschiedlicher ist. Deshalb soll der Grund stets in dem Raume bleiben, wo man arbeitet. Bei Beginn der rauhen Jahreszeit kommt dies am meisten zur Geltung, da geschieht es leicht, daß die Luft 15 bis 18 Grad hat, der Grund aber nur 10 bis 12. Deshalb empfiehlt es sich auch, zum Verdünnen warmes Wasser zu nehmen, um den Temperaturunterschied auszugleichen. Ist alles so wohl vorbereitet, kann mit dem Marmorieren begonnen werden. Darüber Näheres in einem folgenden Artikel.

Korrespondenzen.

Annaberg-Buchholz i. G. Allen Kollegen ist ja das Erzgebirge mit seinem Weltruf der schlechten Arbeiterexistenz bekannt. Jedes Bestreben und jede Anregung einer Besserstellung der Arbeiter wird nicht allein vom Unternehmer hintertrieben, sondern genießt auch sofort die Aufmerksamkeit der Behörde. Die erzgebirgischen Verhältnisse überflügeln selbst die schlesischen insofern, als dort bei den erbärmlichen Löhnen auch die Lebensmittel variieren, dagegen hier sind sie teurer als in Großstädten, was durch den Zufluß von Sommergästen verursacht wird. Die Einladung zu einer Werkstubeversammlung verschmupfte den Luzustartomagefabrikanten Schreiter derart, daß er den Kollegen Böckler, der erst seit kurzer Zeit die ihm gebotene Lebensstellung hier antrat, ungehindert der zufriedienstellenden Leistung, kündigte. In der Versammlung, in der jeder Kollege anwesend war, hielt Böckler eine überzeugende und beherzte Ansprache. Die darauffolgende Aussprache bekundete das lebhafteste Interesse der Kollegen an der gewerkschaftlichen Organisation.

Es ist schon hier am Orte vorgekommen, daß ein verheirateter Gehilfe die Woche mit 3 Mk. und sein Lehrling 4 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit erhielt.

Kollegen des Erzgebirges! Wenn auch einer zum Opfer gefallen ist, so will er sich doch mit dem Bewußtsein trösten, daß, wenn jeder Kollege ein überzeugtes und treues Mitglied bleibt, er für unsere Sache gewirkt hat. Daß die Entlassung Böcklers nicht wegen seiner Arbeitsleistung erfolgte, bewies, daß es plötzlich Herrn Schreiter einfiel, nachdem die Einladung zu der Versammlung längere Zeit zirkulierte, Böckler zu kündigen, obwohl er ihm doch das beste Arbeitszeugnis ausstellen mußte.

Anschließend sei noch bemerkt, daß die Organisation sehr günstige Fortschritte gemacht hat. Es ist aber immer noch viel Arbeit für die Organisation vorhanden, wenngleich wir eine Mitgliederzahl von 100 erreicht haben. In nächster Zeit geht hier die Gründung eines Gewerkschaftskartells vor sich und wird voraussichtlich am 17. April eine öffentliche Versammlung im „Deutschen Kaiser“ zu Buchholz stattfinden, die sich damit befaßt. Kurz darauf findet unser Stiftungsfest statt. Sorgt für zahlreichen Besuch bei den Veranstaltungen.

Göhrnit. Eine gut besuchte Versammlung besaßte sich neben anderem mit dem nun beschlossenen Verbandsstag und beschloß zu beantragen, dem § 20 unseres Statuts folgenden Wortlaut zu geben:

„Hat ein Verbandsmitglied, wenn auch mit Unterbrechungen durch Arbeit oder durch Bezug von Krankenunterstützung, den ihm zustehenden Höchstbetrag an Unterstützung bezogen, so kann es erst wieder nach 26wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung, vom Tage der zuletzt bezogenen Unterstützung an gerechnet, aufs neue die vorher bezogene Unterstützung bis zu dem entsprechenden Höchstbetrag beziehen. Erfüllt das Mitglied in der Zwischenzeit eine Karenzzeit, welche zu höherem Bezug berechtigt, so hat die Auszahlung auf Grund dieser zu erfolgen.“

Die Versammlung ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß auf diese Weise die Organisation den älteren Mitgliedern besonders gerecht wird. Waren doch diese besonders dann schlecht daran, wenn sie nach langer Mitgliedschaft arbeitslos wurden, nach vielleicht 8 Tagen wieder Arbeit erhielten, um nach 27wöchiger Arbeit wieder arbeitslos zu werden. Erhalten diese doch nach den bestehenden Bestimmungen dann die Unterstützung nach dem tiefsten Satze.

Im weiteren wurde über die Anstellung von besoldeten Agitatoren diskutiert, und sprach man sich allgemein für Anstellung solcher aus. Man war der Meinung, daß 5 bis 6 Agitatoren gut die Arbeit der Gaubevollmächtigten bewältigen können und glaubt, daß die erforderliche Summe zur Besoldung zu einem beträchtlichen Teile durch die Vermeidung der Gaubeiträge und Delegationskosten gedeckt werden kann. (Ist nicht recht verständlich. D. R.) Auch glaubt man auf diese Weise die Fluktuation der Mitglieder einzuschränken, was den jetzigen Gaubevollmächtigten, welche vor allem ihrer Arbeit nachgehen müssen, nicht möglich ist. Man nimmt hierbei an, daß die Agitatoren die kleinen Zahlstellen ganz besonders durch Referate unterstützen sollen. Die Einzelmitglieder wünschte man den Zahlstellen überwiesen, die mehr Einfluß auf diese auszuüben in der Lage sind, als die weit entfernt wohnenden Gaubevollmächtigten. Von einem diesbezüglichen Antrag wurde jedoch in Rücksicht darauf, daß die Angelegenheit noch nicht genügend geklärt sein könnte, Abstand genommen.

Bochum. Angeregt durch die Essener Zahlstelle hatten sich die hiesigen Verbandsmitglieder zusammengefunden, um sich kennen zu lernen und gemeinschaftlich zu beraten, wie es möglich wäre, auch für die Großstadt Bochum eine Buchbinderorganisation zu schaffen. Carisch-Effen führte den Anwesenden in Kürze die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Verbandes vor Augen, was zunächst den Erfolg hatte, daß sich einige anwesende Nichtmitglieder zur Aufnahme meldeten und versprachen, für das Zustandekommen einer Zahlstelle kräftig zu wirken. Carisch führte des weiteren aus, wie sich am geeignetsten und fruchtbringendsten arbeiten läßt und fanden die Ausführungen, sowie die praktischen Vorschläge durch die nachfolgenden Medner Michlic und Meier Zustimmung. Emil Michlic,

Eiselerstraße 12, wurde zum Vertrauensmann gewählt und ferner beschloffen, jeden Sonntag, nachmittags 3 Uhr, bei Wirt Menze „Zum Rheinischen Bahnhof“, Rheinischestraße, zusammenzukommen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Einberufers Carst-Essen war die erste Besprechung zu Ende und verweilten die Bochumer Kollegen mit denen aus Essen noch fröhliche Stunden zusammen.

An euch, Bochumer Kollegen, liegt es nun, daß uns das, was wir vorhaben, gelingt; agitiert daher, klärt die Nichtmitglieder über unsere Bestrebungen auf, werbet neue Mitglieder, besucht die Besprechungen pünktlich und regelmäßig, unterstützt euch gegenseitig und seid einig!

Erklärung.

Aus dem der Redaktion unseres Verbandsorgans in liebenswürdigster Weise übermittelten Bericht über den Verbandstag der Buchbinder Österreichs, der uns wie allen Mitgliedern durch den Abdruck in Nr. 15 der „Buch.-Ztg.“ zur Kenntnis kam, geht hervor, daß auf diesem Verbandstag der Deutsche Buchbinderverband und dessen Vorstand den Gegenstand der weitgehendsten Kritik bildeten. Wir versagen uns auf Grund dieses Berichtes, in ausführlicher Weise auf die gegen uns erhobenen, teils vollständig unwarhen, teils von falschen Voraussetzungen ausgehenden Anschuldigungen zu antworten. Wir behalten uns aber vor, dieses zu tun, nachdem das offizielle Protokoll vom Verbandstag uns vorliegt.

Für den Verbandsvorstand:
A. Dietrich. E. Hauelsen.

Bundschau.

* Buchbindergerichte — Saisongewerbe. In der unterfränkischen Handwerkskammer war unlängst die vom Vorstand des Bundes deutscher Buchbinderinnungen an den Bundesrat gerichtete Eingabe, derzufolge gewünscht wird, das Reichskanzleramt möge für das Buchbindergerichte Ausnahmestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe zulassen, Gegenstand der Beratung. Der Referent, Herr Knell, äußerte sich dazu wie folgt:

„Zu dieser Eingabe sollen wir uns gemäß Regierungsentschließung vom 22. Dezember 1903 gutachtlich äußern. Die Angehörigen des Bundes deutscher Buchbinderinnungen sind größtenteils Inhaber von großen Buchbindereien. Daß sich in der Weihnachtszeit die Arbeiten etwas anhäufen, ist richtig. Allein dieser Arbeitsandrang ist nach meiner eigenen Erfahrung und nach den von mir eingezogenen Erkundigungen bei Geschäftskollegen in der Stadt Würzburg nicht derart, daß sich eine Verordnung als notwendig erweist, wonach die Buchbindereien den sogenannten Saisonbetrieben beizuzählen sind, zumal ja der Stadtmagistrat auf Ansuchen die Genehmigung zur Sonntagsarbeit an den drei Sonntagen vor Weihnachten erteilt. Eine Anzahl Würzburger Buchbindermeister erklärte mir übrigens, daß sie froh wären, wenn sie an Werktagen genügend zu arbeiten hätten. Ich beantrage deshalb, daß die Handwerkskammer zu der Eingabe des Bundes deutscher Buchbinderinnungen folgendes Gutachten abgibt: Die Buchbindermeister in Würzburg können sich mit dem Inhalt der Eingabe des Bundes deutscher Buchbinderinnungen nicht ganz einverstanden erklären. Dieselben sind vielmehr der Ansicht, daß für den Erlass einer Bundesratsverordnung, wonach die Buchbindereien den Saisonbetrieben beizuzählen sind, in Würzburg kein Bedürfnis besteht.“

Der Vorsitzende bekundete hierauf, daß die Kammer noch einen Buchbindermeister aus einem kleinen Orte als Sachverständigen geladen habe, um auch dessen Urteil zu hören. Dieser Herr stimmte den Ausführungen des Referenten durchaus zu und betonte ebenfalls besonders, daß, wenn sich die Arbeit wirklich einmal anhäufen sollte, die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit vom Bürgermeisteramt geholt werden könnte. — Die Kammer beschloß hierauf einstimmig im Sinne des Referenten und des Sachverständigen.

Wir haben dieser Begründung zur Ablehnung der Petition wenig hinzuzufügen, es sei denn, daß das, was hier als für die kleinen Betriebe maßgebend erklärt wird, auch für die Großbuchbindereien zutrifft; auch sie kommen ohne Ausnahmestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe sehr gut aus. Wenn nur nicht der Beschluß der unterfränkischen Handwerkskammer als Gutachten der Prinzipalkorporation vereinzelt dasteht und der Referent und der Sachverständige mit ihren Ansichten weise Raten bleiben.

* Feuergefährlichkeit von Zelluloid. Der aus Zelluloid gefertigte Haartram eines Mädchens hat sich, während das Mädchen in einer Kirche Berlins nahe dem Ofen saß, durch die Wärme entzündet, das Haar des Mädchens in Brand gesetzt und Brandwunden verursacht. Aus diesem Anlaß erließ die Berliner Polizeibehörde folgende Bekanntmachung:

Zelluloid wird in ausgedehntem Maße zur Herstellung von Gebrauchsgegenständen verwandt. Es besteht aus Schießbaumwolle oder Kolodiumwolle, deren Explosionsneigung durch Zusatz von Kampfor gemildert wurde. Es ist so leicht entflammbar, daß unter Umständen schon die ausstrahlende Wärme eines Ofens oder einer Lampe oder starke Reibung genügt, um es zur Entzündung und zur Entwicklung giftiger Gase zu bringen. Angesichts dieser Gefährlichkeit des Zelluloids ist daher größte Vorsicht geboten; die Gewerbetreibenden werden insbesondere unter Bezug auf die §§ 306, 309, 367 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs auf folgende Vorsichtsmaßregeln hingewiesen: 1. Größere Massen von Zelluloidwaren sind in feuergefährlichen Räumen zu lagern, über denen und in deren Nähe sich keine Wohnungen befinden. 2. In Verkaufsläden sind Zelluloidwaren nur in kleineren Quantitäten und abgepackt von anderen leicht brennbaren Gegenständen und nicht in der Nähe von Öfen, elektrischen Glühlampen, Gaslampen und dergleichen zu lagern. In Schaufenstern mit Innenbeleuchtungen sind diese Waren nicht auszustellen. 3. Zu Kinderspielzeugen sollen Zelluloidwaren überhaupt nicht verwandt werden.

Die Postverwaltung hat besondere Vorsichtsmaßnahmen bestimmt, um der Feuergefährlichkeit von Zelluloidwaren zu begegnen. Wie unseren Lesern aus dem Bericht vom Heimarbeiterkongress bekannt geworden ist, wird Zelluloid bei der Anfertigung von Karten mitverwendet, und zwar in der Hausindustrie. Hier wäre eine stärkere Aufsicht oder ein Verbot besonders angebracht, da es dort an Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Feuergefahr und damit Verhütung größeren Unglücks gewiß ganz und gar fehlt.

* Eine kostbare Ausgabe von Dickens' Werken. Nach einem „Laffan-Telegramm“ aus Newyork sind der Herzog von Westminster, Mr. Pierpont Morgan und acht andere reiche Männer darüber einig geworden, je 25 080 Pfund Sterling zu bezahlen, um eine einzig dastehende prachtvolle Ausgabe von Dickens' Werken zu veranstalten. Es sollen nur zehn Exemplare in je 130 Bänden von diesem Prachtwerk erscheinen, deren Fertigstellung acht Jahre dauern wird. Alle Exemplare werden auf Pergament gedruckt und von berühmten französischen und italienischen Künstlern illustriert sein. Der Einband soll alles übertreffen, was bisher auf dem Gebiet der Buchbinderkunst geleistet worden ist.

* Die Errichtung von Arbeitskammern scheint die Reichsregierung zu planen. In der badischen Abgeordnetenkammer wurde diese Frage neulich berührt und dabei gab die badische Regierung folgende Erklärung ab:

„... Hiernach steht in Aussicht, daß die Schaffung von Arbeitervertretungen von den Organen der Reichsgewalt in die Hände genommen wird. Die großherzogliche Regierung ist bereit, im Bundesrat dazu mitzuwirken, daß von Reichs wegen Vorschriften erlassen werden, welche es den gewerblichen Arbeitern möglich machen, durch geordnete Vertretungen (Arbeits- oder Arbeiterkammern) ihre Wünsche und Anschauungen bezüglich der die Interessen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten zur Kenntnis der maßgebenden Behörden und Organe zu bringen. Bei dieser Sachlage hat die großherzogliche Regierung zurzeit keinen Anlaß, über eine etwaige landesrechtliche Regelung des gleichen Gegenstandes Entschließung zu treffen.“

* Graf Posadowsky und der Heimarbeiterklub. Über eine Audienz, die dieser

Tage der Hauptvorstand des Gewerkevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands beim Grafen Posadowsky in Gegenwart des Geheimrats Caspar hatte, wird berichtet: Eine Heimarbeiterin, Frau Krassa, richtete in warmen Worten die Bitte an den Staatssekretär, daß die Invalidenversicherung durch Bundesratsbeschlus auf die Hausindustriellen und Heimarbeiterinnen der Bekleidungsindustrie ausgedehnt werden möge. Es knüpfte sich hieran eine lebhaft Besprechung. Graf Posadowsky führte aus, daß er die Krankenversicherung zurzeit für das dringendste für die Heimarbeiterinnen halte, der dann später die Invalidenversicherung folgen müsse. Frau Schiffler, ein mit 42 Jahren völlig invalide gewordenes Mitglied, zeigte an ihren Lebenserfahrungen, wie notwendig gerade auch die Invalidenversicherung für die arbeitsunfähig gewordene Heimarbeiterin sei. Dem Grafen Posadowsky sowohl wie Geheimrat Caspar erschien die doppelte Belastung der so niedrig entlohten Arbeiterklasse durch die Beiträge zu beiden Versicherungen als ein besonders großes Hindernis für die Einführung. Die anwesenden Heimarbeiterinnen betonten demgegenüber, daß sie lieber die doppelten Opfer bringen wollten, um auch in den Genuss der Invalidenversicherung zu gelangen. Zur großen Freude der Empfangenen sagte Graf Posadowsky nun die Möglichkeit der gleichzeitigen Einführung beider Versicherungen ins Auge und wies auf die dadurch notwendig werdende Anmeldebücherei der Hausgewerbetreibenden hin. Am Schlusse der über eine halbe Stunde währenden Audienz gab der Staatssekretär auch seiner Anerkennung für die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation der Heimarbeiterinnen energisch Ausdruck und wünschte ihr bestes Gedeihen.

Wenn nur auch den Worten die Tat bald folgen möchte, und den Arbeiterorganisationen von der Regierung die Hindernisse aus dem Wege geräumt würden, die heute noch im Namen des Gesetzes ihnen entgegengestellt werden; das gehört nämlich auch dazu, wenn man die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisationen anerkannt hat.

* Arbeitswillige finden in Deutschland große Gnade vor den verbundenen Augen der Göttin Justitia, selbst wenn sie Körperverletzungen begehen. Breslau ist die Stätte, wo solches geschah und wo sich in letzter Zeit überhaupt merkwürdige Dinge bei der Rechtsprechung zwischen Vergehen von Arbeitswilligen und Streitenden zugezogen haben. Ein Maurer war bekanntlich wegen Bedrohung mit anderthalb Jahren Gefängnis bestraft worden, auf Grund von Aussagen zweier Zeugen, die acht beziehungsweise zwölfmal vorbestraft waren, meist wegen Körperverletzung. Ein anderer Zeuge hat wegen Diebstahl fünf Monate Gefängnis abgemacht. Zu diesem sauberen Konfession kommt nun ein vierter, der durch sein Zeugnis dem Vorsitzenden der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, Peikert, in Breslau zu drei Monaten Gefängnis verholfen hat. Der letztere hatte gegen den Arbeitswilligen Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt, wurde damit von der Staatsanwaltschaft abgewiesen und auf den Weg der Privatklage verwiesen. Bei der Verhandlung ergab sich nun folgendes Bild: Jirz, das der Name des Eddlen, kam aus dem Gefängnis, wo er ein Jahr wegen verschiedener gemeiner Vergehen gefesselt hatte und nahm sofort Streikarbeit an. Der Organisationsleiter, der von dieser Vergangenheit natürlich nichts wußte, traf ihn auf der Straße, gab ihm die Hand, begleitete ihn ein Stück Weges und sagte zu ihm: „Du verrichtest Streikarbeit.“ Sofort fing Jirz laut zu toben und schimpfen an, worauf auch Peikert heftiger wurde und zu ihm sagte: „Dann bist du ein Streikbrecher!“ (Hierfür erhielt Peikert die bekannten drei Monate.) Jirz sagte nun Peikert mit der einen Hand am Hals und schlug mit der anderen ihm ins Gesicht, stürzte dabei, wie er selbst zugibt, infolge der Kraftanstrengung auf das glatte Trottoir.

Nach Feststellung dieses Tatbestandes fällt das Gericht folgendes, gewiß sensationelles Urteil: Der Arbeitswillige Jirz, der den Peikert geschlagen, wird für schuldig, aber straffrei erklärt und der Privatkläger mit den Kosten des Verfahrens belastet. Da Peikert den Schlagenden von

sich abgewehrt hat, seien die beiderseitigen Mißhandlungen kompensiert!

Damit dürfte das Breslauer Gericht wohl so ziemlich den Reford in der die Arbeitswilligen schützenden Rechtsprechung geschlagen haben: schuldig, aber straffrei! Die Qualität der für den Staat nützlichen Elemente wird dadurch aber nicht besser.

Literarisches.

Schrift- und Buchwesen in alter und neuer Zeit. Von Prof. Dr. D. Weise. Zweite, verbesserte Auflage. Mit 87 Abbildungen. „Aus Natur und Geisteswelt.“ Sammlung wissenschaftlich gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Verlag von W. G. Teubner in Leipzig. 152 S. Preis geheftet 1 Mk., geschmackvoll gebunden 1,25 Mk.

In dem vorliegenden Büchlein ist es dem durch seine weitverbreitete Arbeit „Unsere Muttersprache“ bekannten Verfasser vorzüglich gelungen, das wichtige Gebiet des Schrift- und Buchwesens in seinen wesentlichen Punkten darzustellen und somit dem Leser ein abgerundetes Bild der Entwicklung der wichtigsten Mittel geistiger Kultur vorzuführen. Zu den sieben Kapiteln der ersten (Schrift- und Schreibwerkzeuge, Buchdruckereisen, Briefwesen, Zeitungen und Zeitschriften, Anschriften, Buchhandel, Bibliothekwesen) ist in der vorliegenden zweiten Auflage ein neues, über Bücherliebhaberei und Sammeleifer (Exlibris, Postkarten, Briefmarken usw.) hinzugefügt worden. Der Text ist gründlich durchgesehen und dem Stande der neuesten Forschungen entsprechend umgestaltet worden.

Gau XVI.

Der unterzeichnete Gauvorstand beruft auf Sonntag den 17. April, nachmittags halb 3 Uhr, eine kombinierte Versammlung

in das Lokal Zick, Wasserstraße 13, in Fürth ein. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Die Aufgaben des nächsten Verbandstages. Referent: Kollege Eberhard, Nürnberg.
3. Verschiedenes.

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der Gauobvollmächtigten.

Gau XVII. Bayerische Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern und Schwaben. Gauvorsitz München: H. Schumacher, München, Kreitmayerstr. 8, Rückgeb. I.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Fürth i. B.: Hans Dürr, Salzstraße 12, I. Stk. part. Kaufbeuren: F. Wegst, Kirchplatz 333. Schwerin: Karl Schütt, Fritz Neuterstraße 25 c.

Abänderung im Verzeichnis der Reiseunterstützungs-Auszähler.

Erlangen. Z. Ernst Sauerstein, Ringstraße 27 v.; von 7-8 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr. L. U. Ml. 16.20 Mk. Az. 10 St.

H. Gasthaus Andr. Ziel, Engelstraße 20. Fürth i. B. Z. A. R. Garrer, Postgasse 41; von 12 bis 1 und 7-8 Uhr, Sonntags von 12-2 Uhr. L. U. Ml. 18 Mk. Az. 9-11 St.

H. „Blaue Glode“, Unterer Sand. Plauen i. Vogtl. Z. Max Kuntz, Seefstraße 43 part.; von 7-8 Uhr abends, Sonntags von 11-1 Uhr.

Pöfen. Z. Otto Bogt, Kaiser-Wilhelmstraße 12 III; von 12-1 und 7-8 Uhr, Sonntags von 12 bis 2 Uhr. Ml. 18 Mk. Az. 10 St.

Briefkasten.

B. D. in B. Empfehlenswert dazu dürfte sein: Bauers „Katechismus der Buchbinderei“, Verlag J. F. Weber in Leipzig. Preis 4 Mk.

A. S. in B. Ihre Zuschrift ist nicht zu gebrauchen. Weber wollen noch können wir den Prinzipalen und Nichtverhandlern das Lesen unserer Zeitung verhindern. Mann, wir leben doch nicht schon ganz und gar in Rußland!

D. R. in B. Wo werde ich Ihnen denn das übel nehmen! Ich bin für jede Anregung zugänglich, teile sogar zum großen Teile Ihre Ansichten und wünsche nur, der Verbandstag machte sie zu den seinigen. In nächster Zeit antworte ich Ihnen ausführlich.

S. Sch. in M. Wurde von mir verbummelt, soll ganz gewiß nicht wieder vorkommen. G. Sch. in D. Die Zeitung wird Ihnen nicht ins Haus gebracht, da warten Sie vergebens, bemühen Sie

sich nur selbst zur Zahlstelle und holen Sie sie sich, diesmal machte ich eine Ausnahme.

J. R. in L. Besten Dank und Gruß. Für diese Nummer zu spät.

P. L. in B. Werde bei der betreffenden Firma Ihr Eigentum reklamieren.

Zurückgestellt: Jahresbericht des Gau 17.

Anzeigenteil.

Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingef. H. Hilfsk.) Sib Leipzig. 258]

Verwaltungsstelle Bielefeld.

Sonntag den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Flosbeck“, Breitestraße

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Erlangen.

Sonntag den 24. April, vormittags 1/11 Uhr, im Kassenlokal (A. Ziel)

Hauptversammlung

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Regensburg.

Sonntag den 17. April, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Hiltl am Delberg

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Allen Kollegen und Kolleginnen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kartonarbeiter

Hans Otto

am 2. April verstorben ist. [1.80

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten! 259]

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Montag den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15

Ordentliche

General-Versammlung.

Tagesordnung wird in nächster Nummer bekannt gegeben.

Donnerstag den 21. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal 5)

Arbeiterinnen-Versammlung

260]

Tagesordnung:

- 1. Unsere Anträge zum Verbandstag. Referentin: Kollegin Pauline Dieber.
2. Verschiedenes.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Kolleginnen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Für die mir, aus Anlaß meiner 25jährigen Tätigkeit als Vorsitzender der Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Buchbinder, in so reichem Maße gewordenen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche sage hierdurch allen herzlichsten Dank. [0.80

Leipzig, den 10. April 1904. P. Brandmair. 261]

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Göttingerstraße, Saal I

Vierteljährliche

Haupt-Versammlung.

262]

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Stellung von Anträgen zum Verbandstag.
3. Verschiedenes.

Anträge auf Abänderung des Verbandsstatuts, die von der Zahlstelle gestellt werden sollen, bitten wir vor der Versammlung abzugeben oder an den Vorsitzenden einzusenden.

Wir ersuchen um zahlreichem Besuch der Versammlung.

Der Vorstand.

Der Buchbinder

Richard Michler

(Buchnummer 21787), wird dringend ersucht, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Finsterwalde gegenüber nachzukommen. 263]

Der Bevollmächtigte.

Der Kollege Stephan Heise

wird hierdurch ersucht, seinen Verpflichtungen in Chemnitz nachzukommen. [0.60

264] Die Zahlstelle Chemnitz.

Unlieb verspätet!

Unserem lieben Kollegen

Emil Riek

bei seiner Abreise nach Elbing ein „Herzliches Lebewohl!“ 265]

Die Zahlstelle Eisenach.

Unserem Kollegen

Leonhard Stelzer und Braut

zur Verlobung die Besten Glückwünsche! 266]

Die Zahlstelle Darmstadt.

Nehme hierdurch die Beleidigung gegen

Frl. Liesbeth Kabbe

zurück und erkläre dieselbe für ein anständiges Mädchen. 267]

0.60] Hedwig Lehmann, Berlin.

Günstige Gelegenheit für Buchbinder!

Ein seit längeren Jahren betriebenes gutgehendes 268]

Papier- und

Schreibwaren-Geschäft

in guter Geschäftslage Marburg wegzugshalber zu verkaufen.

Preis 4000 bis 4500 Mk.

Emil Lohstew, Marburg, Barfüßerstraße 15.

Bekannt

ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel F. Klement-Leipzig in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Wer techn. Schul- u. Bureau-Kundschaft hat, veräume nicht, meine reichlichst bekannten Radiergummi-Spezialsorten zu führen. Verlangen Sie Preisliste. 270a] [1.20 L. Prager, Pirna a. C.

MARMORFARBEN AUS PFLANZENFARBSTOFF GROSSTE NIEDERLAGE BEI P. SZIGRIST LEIPZIG, THALSTR. 1

L. Führ, Stuttgart, 272] Kotebühlstr. 14, [1.60 empfiehlt sein reichhaltiges Lager feberleichter, sowie weiterverfeiner Filzhüte, Hochzeitshüte von 4 Mk. an. Konfirmanden-Hüte in allen Preislagen.